



AHA!

Rundbrief des Basler Appells gegen Gentechnologie 3 | 2006



Standpunkt

Das Humanforschungsgesetz, dessen Vernehmlassung Ende Mai ablief, bringt eine schweizweite Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für die Forschung am Menschen. Das ist wünschenswert. Doch zeichnet sich der vorliegende Entwurf vor allem durch seine Zugeständnisse an die Forschungsfreiheit aus. Dem Forschungsstandort Schweiz zuliebe soll ein neuer Artikel in die Verfassung aufgenommen werden, der zum ersten Mal den Schutz der Menschenwürde unter eine Bedingung stellt: Ihr Schutz dürfe nur soweit gehen, als er die Forschungsfreiheit nicht unzulässig einschränke.

Wie, so frage ich, kann der Schutz der Menschenwürde eine «unzulässige» Einschränkung bedeuten? Ein anderer Schwachpunkt: Der neue Verfassungsartikel soll Forschung an urteilsunfähigen Personen sogar gegen deren Willen zulassen. Hinzu kommt, dass die Funktion der Ethikkommissionen darauf beschränkt wird, die Einhaltung der Gesetze zu garantieren. Rechtssicherheit jenseits ethischer Einwände ist nur für jene interessant, die in der Forschung eine Quelle zur Profitmaximierung sehen. Eine human motivierte Forschung muss aber strikt an ethische Massstäbe gebunden bleiben.

Aus Protest gegen die in meinen Augen falsche Weichenstellung bin ich aus der Nationalen Ethikkommission im Humanbereich ausgetreten – in der Hoffnung, damit einen politischen Anstoss zu geben.

Carola Meier-Seethaler,
Psychologin und Philosophin



Der geplante Verfassungsartikel zum Humanforschungsgesetz will Forschung an urteilsunfähigen Menschen erlauben. Der Basler Appell und andere Verbände lehnen dies kategorisch ab.

Foto: BilderBox.com

Humanforschung auf Abwegen

Weder Humanforschungsgesetz noch Verfassungsartikel kommen bei den Stellungnahmen von Parteien und Verbänden gut weg. Als «Skandal» etwa wurde die Zulassung von Zwangsversuchen an Urteilsunfähigen gewertet. Auch der Basler Appell gegen Gentechnologie geht mit den beiden Vorlagen hart ins Gericht.

In einem Punkt sind sich Parteien, Verbände und Kantone wohl einig: Es ist zu begrüssen, dass der Bund die Regelung der Forschung am Menschen auf nationaler Ebene endlich an die Hand nimmt. Dies kam in den meisten Stellungnahmen klar zu Ausdruck, die zum Ende der Vernehmlassungsfrist des Entwurfs für ein Humanforschungsgesetz sowie für einen entsprechenden Verfassungsartikel Ende Mai eingereicht wurden.

Menschenwürde versus Forschungsfreiheit

Weniger Einigkeit herrschte indessen wie erwartet bezüglich der vielen heiklen Punkte, welche die Forschung an und mit Menschen mit sich bringt. Be-

reits mit einer unglücklichen Formulierung quasi als Einstieg in die Materie stach das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in ein Wespennest: Verfassungsartikel und Gesetz verlangen zwar, dass die Menschenwürde geschützt wird; aber eben nur unter der Bedingung, dass der Forschungsfreiheit genügend Beachtung geschenkt wird. Weiter soll die Zwangsforschung an Urteilsunfähigen unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein, die Forschung an Kindern, Dementen oder schwer psychisch Kranken ohne direkten Nutzen soll zugelassen werden. Den Vogel schoss das BAG mit dem Vorschlag ab, Ethikkommissionen sollten auf einfache Rechtskommissionen zurechtgestutzt werden (wir berichteten bereits im letzten Rundbrief AHA!).

(Fortsetzung Seite 2)

Zwangsforschung unhaltbar

Was sich das BAG dabei gedacht hat, einen solchen Entwurf in die Vernehmlassung zu schicken, bleibt fraglich. Viel Feind, viel Ehr? Kritik hagelte es jedenfalls von allen Seiten: SP, CVP und die Grünen ebenso wie kirchliche Kreise lehnen die Vorschläge des Bundesrats als zu forschungsfreundlich ab. Sogar die Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) sowie einzelne Kantone stehen für einmal auf der kritischen Seite und weisen darauf hin, dass Teilbereiche der Vorlagen unhaltbar seien. Weder urteilsfähige noch urteilsunfähige Personen dürften je zur Teilnahme an Forschungsprojekten gezwungen werden.

Kritik vom Basler Appell

Der Basler Appell gegen Gentechnologie äusserte seine harsche Kritik in einer 30-seitigen Vernehmlassungsantwort (zu lesen unter www.baslerappell.ch). Die Stellungnahme diente vielen Organisationen und sogar einzelnen Kantonen als Orientierungshilfe im Paragraphen-Dschungel. Die Materie «Forschung am Menschen» ist komplex. Gerade hier in der Schweiz gelingt es immer weniger kritischen Organisationen, auf dem Stand der Dinge zu bleiben und sich dazu kompetent zu äussern. Für Ihre Unterstützung bei dieser Arbeit danken wir Ihnen ganz herzlich!

Weitere Informationen zu SESAM

Diesem AHA! liegt eine Doppelseite mit zwei Interviews aus «WochenZeitung» und «Basler Zeitung» zum Forschungsprojekt SESAM bei.

Ausserdem ist beim Institut «Dialog Ethik» eine Sondernummer der Zeitschrift «Thema im Fokus» erhältlich zur Kontroverse um SESAM. Zu finden ist die Zeitschrift unter www.dialogethik.ch/ethikothekbron-line-archiv_d.php. Bestellen kann man sie auch unter:

Dialog Ethik
Sonneggstrasse 88, 8006 Zürich
T 044 252 42 01, info@dialog-ethik.ch

SESAM gibt zu diskutieren



SESAM im Gespräch: Moderator Adrian Portmann, Ulrike Hoffmann-Richter (Psychiaterin), Alexander Heit (Assistent für Ethik), Pascale Steck (Basler Appell gegen Gentechnologie), Alexander Grob (SESAM)

Es hat Seltenheitswert, dass sich ein Nationales Forschungsprogramm öffentlich der Kritik stellen muss. SESAM muss es – dank der vom Basler Appell gegen Gentechnologie lancierten Petition. Ende Mai lud das reformierte «Forum für Zeitfragen» in Basel zu einer Diskussion, an die rund hundert Interessierte kamen, darunter auch der Rektor der Universität Basel, Ulrich Gäbler.

Wie zu erwarten gab es zu SESAM selbst kaum Neues zu hören. Der stellvertretende SESAM-Direktor Alexander Grob verteidigte sich vor allem gegen «Missverständnisse» und «falsche Anschuldigungen». Details zu den Teilstudien konnte oder wollte er aber nicht offenbaren. Die Geschäftsleiterin des

Basler Appells, Pascale Steck, illustrierte in einer fiktiven Geschichte, wie zweifelhaft die Zukunft eines SESAM-Kindes aussehen könnte, und formulierte präzise die Kritikpunkte. Entlarvend dann die Aussagen der Psychiaterin Ulrike Hoffmann-Richter über den Mechanismus, wie der Nationalfonds Projekte bewilligt: «Es ist eine Frage der Rhetorik. Man muss als Antragsteller behaupten, man sei auf diesem Gebiet der Grösste und wisse genau, was man herausfinden wolle. Dieses offen demonstrierte Selbstbewusstsein gehört zum Spiel.»

Unter dem Strich blieb die Erkenntnis, dass den SESAM-Verantwortlichen die Zeit davonläuft, wollen sie doch im Oktober schon mit den ersten Versuchen starten.

Chemie patentiert auf Vorrat

An einer Tagung von Swissaid und der Erklärung von Bern zu Biotech-Patenten zeigten sich VertreterInnen der Pharmaindustrie ganz zufrieden mit dem Entwurf zum Patentgesetz. Greenpeace listete hingegen Patente auf, die auf Gene und Gensequenzen von Pflanzen und Tieren erteilt wurden und zu einer Monopolstellung von Konzernen in der Landwirtschaft führen. Eine chilenische Bauernführerin etwa schilderte die verheerenden Auswirkungen von patentiertem Saatgut auf Kleinbauern. Interessant war auch zu hören, dass die entwickelte Zahl von Heilmitteln in keinem Verhältnis zu der Fülle an Patentanträgen steht, wie der Vertreter eines englischen Forschungsinstituts aufzeigte. Ein Beweis, dass Anträge gerade im Bereich der Medizin spekulativ gestellt werden, um sich auf Vorrat Patente zu sichern.

Das Patentgesetz befindet sich auf dem Weg ins Parlament. Der Nationalrat wird sich in der Herbst- oder Wintersession damit befassen. Der Basler Appell hat sich deshalb jetzt in einem Schreiben an die VertreterInnen der Rechtskommission des Nationalrats gewandt. Es steht nämlich zu befürchten, dass wichtige Passagen des Entwurfs weiter verschlechtert werden sollen. Im Bereich der Biopiraterie etwa hat man vor, vom Patentanmelder nicht einmal mehr zu verlangen, dass er die Quelle der genetischen Ressourcen offenlegen muss. In unserem Brief brachten wir unsere Argumente gegen die Patentierbarkeit von Genen und Gensequenzen erneut zum Ausdruck. Der Basler Appell wird die kommenden Debatten auf jeden Fall weiter genau verfolgen.

Überzählige Embryonen: Weitere Lockerung verhindert

Der Wissenschaftskommission des Nationalrats lagen kürzlich zwei Vorstösse zu überzähligen Embryonen vor: Die Parlamentarische Initiative Brunschwig-Graf (FDP) verlangte, dass biologische Eltern ihre bei einer In-Vitro-Fertilisation (IVF) anfallenden überzähligen Embryonen zu Forschungs- und Fortpflanzungszwecken zur Verfügung stellen können sollen. Oskar Freysinger (SVP) forderte mit seiner Initiative andererseits, dass die Embryo-Adoption, analog zur Adoption eines geborenen Kindes, in der Schweiz möglich wird.

Beide Vorstösse blieben chancenlos, auch dank den vorgängig eingebrachten Argumente des Basler Appells. Die WBK widersetzte sich einer weiteren Lockerung der gesetzlichen und verfassungsmässigen Bestimmungen. Schon mit dem Stammzellenforschungsgesetz werde der strenge Schutz des Embryos in Frage gestellt. Die Büchse der Pandora dürfe nicht noch weiter geöffnet werden. Zwangsläufig mit einer Lockerung einhergehenden Projekten – wie die Eispende und die Leihmutterchaft – müsse ein Riegel geschoben werden.

Tatsächlich wirft die Adoption von Embryonen einen ganzen Strauss neuer Probleme auf: Ein solchermassen zur Welt gekommenes Kind sähe sich etwa plötzlich mit zwei biologischen Müttern konfrontiert. Kinder als soziale Versuchsobjekte – ein Szenario, das die WBK hoffentlich verhindern konnte. Die Initiatorin Brunschwig-Graf zog ihre Initiative zurück. Die Initiative Freysinger hingegen wird mit der Empfehlung zur Ablehnung auf den Weg ins Parlament geschickt.

Ziarno-Kampagne: «Information ist in Polen dringend»

Niemand weiss, ob Polens Landwirtschaft gentechfrei bleibt. Deshalb hat sich der Basler Appell zum Ziel gesetzt, den befreundeten Verein «Ziarno» zu unterstützen. Im Mai verschickten wir drei Postkarten an unsere Mitglieder (vgl. Talon). Peter Stratenwerth von «Ziarno» ist seit vielen Jahren in Polen als Biolandwirt sesshaft und mittendrin im Widerstand gegen die Gentechnologie.

Im deutschsprachigen Europa wird die grüne Gentechnologie breit abgelehnt.

Wie ist die Situation in Polen?

Eine öffentliche breite Debatte zum Thema hat es in Polen noch nicht gegeben und die Konsumenten sind kaum aufgeklärt. Den Befürwortern dieser Technologie ist es lieber, wenn die Produkte ohne Aufsehen durch die Hintertür ins Land kommen. Bis jetzt war der Anbau von GVO-Pflanzen in Polen noch nicht zugelassen und erst vor einem Monat haben Parlament und Präsident ein Gesetz verabschiedet, das Anbau und Züchtung von GVO-Pflanzen im Land weiterhin verbietet. Doch werden heute schon riesige Mengen Gen-Futtersoja importiert.

Wer will Gentech denn durchdrücken?

GVO-Samen fanden sich schon direkt nach Polens EU-Beitritt im polnischen Saatgutkatalog, noch bevor über die Zulassung von GVO-Saatgut überhaupt diskutiert wurde. Die Angebote kamen aus Österreich und Spanien.

Wie reagieren die Bauern auf diese Lobby?

Ich glaube, es ist überall auf der Welt ein Grundbedürfnis der Bauern, mit so wenig Arbeit wie möglich so viel wie möglich zu verdienen. Da Bauern in der Regel zu viel arbeiten und zu wenig verdienen, sind sie zu vielen Kompromissen bereit. Wenn grüne Gentechnik auch nur kurzfristig einen Vorteil bie-



Peter Stratenwerth kämpft für ein gentechfreies Polen.

tet, werden es die meisten ausprobieren, wie seinerzeit das DDT.

Ist Bio-Landbau in Polen ein Thema?

Vor wenigen Jahren haben die Minister noch gespottet, Bio und Störche gebe es in Polen ja sowieso überall. Jetzt hat man allgemein begriffen, dass Bio eine echte Herausforderung ist und andere mittelosteuropäische Länder die Chance schon besser genutzt haben. Letztes Jahr wurden über 7000 Bio-Zertifikate vergeben, aber die meisten Bauern verkaufen ihre Produkte noch konventionell. Weite Transportwege kleiner Mengen zu wenigen Spezialgeschäften verteuern die Produkte zu-

sätzlich. Und in Polen sind nur wenige Konsumenten bereit, mehr zu zahlen.

Was für Projekte haben Ziarno und befreundete Organisationen für die Zukunft?

Es ist wichtig, ausführlichere Informationen zum Thema ins Polnische zu übersetzen und damit an verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Schülerinnen, LehrerInnen und KonsumentInnen zu gelangen. Wir arbeiten mit vielen Schulen zusammen, allein unseren Hof besuchen pro Jahr zwei- bis dreitausend SchülerInnen. Information auf allen Ebenen ist sehr wichtig, damit Polen gentechfrei bleibt.

Mitteilungsblatt

des Basler Appells
gegen Gentechnologie
Murbacherstrasse 34
Postfach 205
4013 Basel
(im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
ISSN 1661-3945

16. Jahrgang, Nummer 103

Tel. 061 692 01 01
Fax 061 693 20 11
info@baslerappell.ch
www.baslerappell.ch
Postkonto 40-26264-8
Datum: 12. Juni 2006
erscheint 6 x jährlich

Druck

Phoenix Druck, 4057 Basel
gedruckt mit Ökofarben
auf Recyclingpapier



Dafür stehen wir ein

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines gentech-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1050 Mitglieder in der ganzen Schweiz und nochmals so viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- Keine Patente auf Leben
- keine Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- keine genmanipulierten Lebensmittel
- keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie

- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten
- keine gentechnische Auswahl und Genmanipulationen beim Menschen.

Der Basler Appell finanziert sich ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge und Spenden – herzlichen Dank!

AZB
4013 Basel

Adressänderungen der Post kosten uns Fr. 2.– – bitte bei Umzug neue Adresse melden!

- Ich werde Mitglied beim Basler Appell
(Fr. 100.–, Wenigverdienende Fr. 35.–/Jahr inkl. Abo «Rundbrief AHA!»)
- «Rundbrief AHA!», Abo Fr. 20.–
- «Pressespiegel Gentechnologie», Probenummer gratis
- «Pressespiegel Gentechnologie», Abo Fr. 60.– (Mitglieder Fr. 35.–)

Bitte schicken Sie mir folgendes Material (bis Fr. 10.– Betrag in Briefmarken beilegen; für höhere Beträge erfolgt Versand mit Rechnung):

- ...Ex. 3 Postkarten «Ziarno», Fr. 10.–
- ...Ex. «Wollen Sie das Programm «Genfood» wirklich beenden?»
6 Postkarten, Fr. 6.–
- ...Ex. «Gentests – das gefährliche Versprechen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Embryonenführer», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Basler Appell gegen Gentechnologie», Infobroschüre, kostenlos
- ...Ex. «Von Embryonen und Stammzellen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Herz vom Schwein?», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Finger ab de Röschi», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «10 Jahre Basler Appell», Postkartenset, kostenlos
- ...Ex. «Schwarzer Tod und Amikäfer», Broschüre, Fr. 10.– (Mitglieder Fr. 5.–)
- ...Ex. Politische Ökologie 81-82: «Genopoly – Das Wagnis grüne Gentechnik»,
Fr. 22.– (Mitglieder Fr. 18.–)
- ...Ex. «Gentechnisch hergestellte Medikamente», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Gentherapie», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik
in der Landwirtschaft», BUND-Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Gentechnologie und Naturschutz», Pro Natura-Broschüre, Fr. 20.–
- ...Ex. Florianne Koechlin: «Zellgeflüster». Fr. 36.– (für Mitglieder portofrei)

Einsenden an: Basler Appell gegen Gentechnologie, Postfach 205, 4013 Basel
Bitte Absender nicht vergessen!